

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,  
Thomas Reich, Marco Schulz (AfD) und Fraktion**

### **Einzelplan 2 – Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**

Aufgabenbereich 235 Gerichte

Produktgruppe 235.08 Verwaltungsgerichte

#### **Betr.: Dauerhafte personelle Verstärkung der Verwaltungsgerichte – Schaffung von vier neuen Richterstellen**

Die Verwaltungsgerichte in Hamburg sind durch die anhaltend hohe Zahl von Verfahren erheblich belastet. Besonders die Rückforderungen von Corona-Soforthilfen haben in den letzten Jahren zu einem signifikanten Anstieg an Klageeingängen geführt. Diese Klagewellen verlängern die Verfahrensdauer erheblich, was sowohl den Anspruch der Bürger auf eine zügige gerichtliche Entscheidung beeinträchtigt als auch die Funktionsfähigkeit der Gerichte an ihre Grenzen bringt.

Bereits in der Vergangenheit wurden temporäre personelle Verstärkungen im Verwaltungsgericht vorgenommen, jedoch konnten diese nur kurzfristig Abhilfe schaffen. Um eine nachhaltige Entlastung zu gewährleisten, ist es zwingend erforderlich, zusätzliche dauerhafte Richterstellen zu schaffen. Nur so kann der fortschreitenden Zunahme der Verfahren und der damit einhergehenden Arbeitsbelastung begegnet werden.

#### **Aktuelle Entwicklungen:**

- **Steigende Verfahrenszahlen in asylrechtlichen Verfahren:** Der steigende Bedarf an gerichtlichen Entscheidungen im Asylrecht, ausgelöst durch politische und wirtschaftliche Instabilitäten in vielen Ländern, hat zusätzlich zur Belastung beigetragen. Hamburg sieht sich weiterhin wachsenden Klagezahlen gegenüber, die insbesondere auf Asylverfahren und damit verbundene Aufenthaltsfragen zurückzuführen sind.
- **Digitalisierung und Fachkräftemangel:** Die Einführung digitaler Technologien, wie der elektronischen Akte, soll die Effizienz der Verwaltungsgerichte erhöhen. Jedoch zeigt sich, dass ohne ausreichend qualifiziertes Personal zur Begleitung der Digitalisierung diese Bemühungen ins Stocken geraten. Einhergehend mit dem Fachkräftemangel im IT-Sektor bleibt die Entlastung der Gerichte weiterhin eine Herausforderung.

Eine dauerhafte personelle Verstärkung der Gerichte durch zusätzliche Richter ist deshalb essenziell, um sowohl den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden als auch die Qualität der gerichtlichen Verfahren sicherzustellen.

#### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. Zur dauerhaften Entlastung des Verwaltungsgerichts Hamburg wird der Stellenplan 2025/2026 im Einzelplan 2, Aufgabenbereich 235 Gerichte, um folgende neu zu schaffende Planstellen erhöht:

- 4,0 Planstellen für Richter am Verwaltungsgericht (Besoldungsgruppe R 1).
2. Die unter Punkt 1. genannten Planstellen werden mit den entsprechenden Personalkosten im Haushaltsplan der Produktgruppe 235.08 Verwaltungsgerichte berücksichtigt. Es ist sicherzustellen, dass die Mittel für Gehälter und zusätzliche Verwaltungskosten ab 2025 fortlaufend im Haushaltsplan verankert werden, um eine dauerhafte Finanzierung der Planstellen zu gewährleisten.
  3. Zur Finanzierung der zusätzlichen Planstellen werden die entsprechenden Ansätze im Kontenbereich „Personalkosten“ des Aufgabenbereichs 235 im Haushaltsjahr 2025/2026 angepasst und erhöht. Die Mittelbereitstellung erfolgt durch Umschichtungen innerhalb des Einzelplans 2 sowie durch den Rückgriff auf allgemeine Reservepositionen im Einzelplan 9.2 (Allgemeine Finanzwirtschaft).